Werke geht, zeigt sich an einem paar Geschützen, die jetzt in Toulon herumgeboten werden. So hatte vor ein paar Jahren ein Großlieferant den Auftrag erhalten, einige hundert Kilo Steinnüsse zu liefern. Die Ware wurde aber von der Verwaltung nicht angenommen, weil die gelieferten Nüsse angeblich nicht dieselbe Größe wie die vorgelegten Muster hatten. Der Lieferant nahm die Nüsse zurück und sandte bald darauf andere, die in Größe und Aussehen den Mustern völlig gleich waren. Die Administration arbeitet aber langsam, und so vergingen über den Abnahmeverhandlungen 2 Jahre. Inzwischen waren die als Muster beiseite gelegten Nüsse von Würmern angefressen worden. Vor etwa vierzehn Tagen wurde die ganze Lieferung nun endgültig von der Verwaltnug zurückgewiesen, weil sie den Mustern nicht entspreche, das heißt, keine Wurmstiche aufwies.

England.

Unterhaus. Premierminister Asquith erklärte auf eine Anfrage, daß die Resolutionen, die die Regierung bezüglich des Oberhauses einbringen werde, auch Vorschläge über eine Verkürzung der Dauer der Parlamentssession enthalten würden. Kriegsminister Haldane erwähnte bei seinen Erklärungen zum Heeresbudget auch, daß das Kriegsministerium Erwägungen über die Frage der Selbstlader angestellt habe und dabei zu der Anschauung gekommen sei, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis die Selbstlader praktisch verwendbar seien. Man habe in der Armee vier Jahre lang an der Herausbringung eines neuen Geschosses gearbeitet, das sich nunmehr als sehr zufriedenstellend erwiesen habe und versuchsweise eingeführt werden solle. In seinem Material ähnele es dem deutschen Geschosse, sei aber größer und aus festerem Stoff hergestellt, als dieses. Er gab ferner die Erklärung ab, daß das Kriegsministerium die Einrichtung eines regulären Luftschifferkorps beabsichtige, und berichtete über die Forderungen, die eine Kommission unter dem Vorsitz des Lord Rayleigh über das Problem der Luftschiffahrt angestellt habe. Auf grund der Ergebnisse dieser Forschungen arbeite das Kriegsministerium nunmehr. Es besitze ein kleines lenkbares Luftschiff in Aldershot, das zufriedenstellende Erfolge aufzuweisen habe, und sei mit dem Entwurf eines großen Lenkballons beschäftigt, der während des laufenden Finanzjahres erbaut werden solle. Ein großer zum Flottendienst bestimmter Lenkballon werde im Sommer auf Stapel gelegt werden. Zwei weitere kleine Lenkballons seien in Frankreich in Auftrag gegeben. Sobald das Kriegsministerium sich die Erfahrungen zu eigen gemacht haben werde, die aus diesen Neuerwerbungen sich ergeben würden, so werde man an den Bau weiterer Lenkballons gehen und so in den Besitz einer Luftflotte gelangen.

Rußland.

Zu den Aeußerungen der ausländischen Presse über den **Besuch des Königs von Bulgarien in Petersburg** und den erwarteten Besuch des Königs von Serbien schreibt die „Rossija": Für jeden unparteiischen Beobachter müsse es klar sein, wie grundlos der Verdacht der ausländischen Presse sei, die russische Politik verfolge andere Ziele, wie die Erhaltung des status quo auf dem Balkan. Die Trinksprüche und auch das Communiqué anläßlich der Anwesenheit des Königs der Bulgaren seien von Friedensliebe durchdrungen. Beide Besuche trügen ganz offiziellen Charakter. Die traditionellen Beziehungen Rußlands zu den slavischen Ländern begründeten sie vollständig. Dieser Umstand dürfe nicht den geringsten Anlaß geben, die russische Regierung irgendwelcher Absichten gegen die Türkei oder Österreich-Ungarn zu verdächtigen.

Balkanhalbinsel.

Nach einer Meldung aus Chimara, an der griechischen Grenze, erklärt die dortige Bevölkerung, sie wolle die ihr unter dem alten Regime bewilligten Vergünstigungen beibehalten und verweigert die Entrichtung von Steuern. Sie will sich mit Waffengewalt der Aushebung von Rekruten widersetzen. Es ist ein Bataillon nach Chimara entsandt worden.

Ein bulgarisches „Wohltätigkeits-Ministerium". Königin Eleonore von Bulgarien, die schon während des Russisch-Japanischen Krieges als Krankenpflegerin Beweise ihres aufopfernden Sinnes gegeben hat, hat die Errichtung einer Art „Ministerium der öffentlichen Wohltätigkeit" beschlossen, dessen Aufgabe sein soll, den Arbeitslosen Arbeit, den Unglücklichen Hilfe zu verschaffen und Asyle für Blinde, Taubstumme und Krüppel zu errichten. Die bestehenden Wohlfahrtsorganisationen haben sich bereits zur Ausführung des Pla-

durch Königin [illegible]
jetzt und hat ihre Absicht angekündigt, das Werk alsbald mit einer [illegible] Summe zu unterstützen. Wahrscheinlich wird sie auch in Rußland eine ähnliche Schöpfung ins Leben rufen.

Amerika.

Ein amerikanischer Finanzmann über die „Gelbe Gefahr". Während eines Festessens im Republican Club in New York hat der bekannte Finanzmann Jacob H. Schiff eine Aufsehen erregende Rede über die „Gelbe Gefahr" gehalten, aus der nach London folgender Auszug telegraphiert wird: „Ich hoffe, daß meine Prophezeiung nicht eintreffen wird, da ich ein Freund Japans bin. Aber es tut mir leid, mich zu dem festen Glauben bekennen zu müssen, daß ein gewaltiger Krieg bevorsteht. Ich selbst habe geholfen, Japan in seinem letzten Kriege zu finanzieren, aber Japans Sieg birgt eine große Gefahr in sich. Ich war ganz konsterniert, als ich vor einigen Tagen las, Japan habe sich mit Rußland geeinigt. Es ist die Absicht Rußlands und Japans, Chinas Unabhängigkeit zu zerstören. Das „perfide Albion", das sich als den großen Menschenfreund aufspielt, ist der Dritte im Bunde. Diese Verständigung zwischen Rußland, Japan und England wird die stärkste Bedrohung des Weltfriedens im nächsten Jahrzehnt sein, wenn wir nicht die richtige Staatskunst aufbieten. Um dieser Bedrohung zu begegnen, werden wir Amerikaner uns sehr bald in den Angelegenheiten des fernen Ostens verwickelt finden."

In der Klage der Regierung auf **Auflösung der Fusion zwischen der Union Pacific- und der Southern Pacific-Eisenbahn** wurde von einem Zeugen bekundet, daß die Union-Pacific-Gesellschaft 74 000 Aktien der Southern Pacific-Gesellschaft im vergangenen Jahre gekauft habe im Hinblick auf die dem Kongreß vorliegende Bill betr. diejenigen Eisenbahngesellschaften, die 50 Proz. des Aktienbesitzes in Händen haben.

Asien.

Ein aus Teheran eingegangener Befehl zur Aufnahme einer inneren Zwangsanleihe im Betrage von einer Million Tomans hat unter den Kaufleuten und besitzenden Klassen eine Panik hervorgerufen. Sattar Khan widersetzt sich offen der Bildung einer Kommission zur Regelung der Frage der Rückgabe des während der Unruhen in Taebris und Ardebil geraubten Gutes an die rechtsmäßigen Eigentümer.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. März. Ehe man sich von neuem in die Arbeit über den Marineetat stürzen kann, harrt dem Hause die Aufgabe, sich mit dem Gotthardbahnvertrag, der kürzlich das Licht der Welt erblickte, zu beschäftigen. Als erster Redner widmet Herr v. Schoen dem Vertrag einige erläuternde Worte. Wir erfahren dadurch, daß die Gotthardbahn seinerzeit mit deutschem Kapital ins Leben gerufen worden ist und Deutschland sowohl, wie Italien sich mit wertvollen Subventionen an der Erhaltung beteiligt haben. Infolge der bevorstehenden Verstaatlichung der Bahn durch die Schweiz ist nun unsere Regierung vor die Frage gestellt worden, Mittel und Wege zu finden, daß unter den veränderten Verhältnissen die Interessen der deutscherseits beteiligten Kreise nicht zu Schaden kommen. Die Regierung hat daher einen Vertrag mit Italien und der Schweiz zum Abschluß gebracht, der den deutschen Waren die Meistbegünstigung im deutsch-italienischen Verkehr zusichert. Bleibt nur die eine Frage übrig: Wie werden die Aktionäre der Bahn abgefunden? Der Präsident des Reichseisenbahnamts v. Wackerzapp, meint, eine Rückzahlung der Subventionen würde nicht erfolgen, sieht sich jedoch gleich darauf veranlaßt, sein rundes Nein etwas einzuschränken, als Fürst von Hatzfeld (Rpt.) für eine Entschädigung der Aktionäre plädiert. Die weiteren Redner aus dem Hause Dove (Fortschr. Vpt.), Schwabach (Natl.), auch Scheidemann (Soz.) geben ihre Zustimmung, dann wird der Vertrag in erster und zweiter Lesung genehmigt und das Haus kann zu dem unterbrochenen Marineetat wieder zurückkehren.

Dr. Struve (Fortschr. Vpt.) schickt seiner Etatrede eine kurze Einleitung voraus. Sie beschäftigt sich mit Herrn von Bethmann Hollweg und — Herrn v. Jagow. Ersterem schreibt er ein Lob in sein Zensurbuch, doch nur für seine englandfreundliche Rede am Sonnabend, während des Kanzlers innere Politik in den Augen des Sprechers aus dem Minus nicht herauskommt; — letzterem, dem

der Sache [illegible] Breitert v. Heimp (Natl.) ab verquicken, wenn er in des Grafen Oppersdorff Urteil gegen die Kruppwerke nicht einstimmen [illegible], dessen gleichen [illegible]. Von [illegible] hat er bei [illegible] der Submission [illegible] Herstellung des Mörserstahls bei den Privatwerken das Wort, was dem Staatssekretär Gelegenheit gibt, sich des längeren über die Notwendigkeit der [illegible] auszulassen.

Die Nationalliberalen scheiden ihren Führer Bassermann ins Gefecht, bei dem [illegible] die [illegible] und unter die [illegible] Ruhe zu nehmen. Es beginnt mit Reden von [illegible] weiten Oberlandereien bestrebungen er seine halbe Billigung zollen werden läßt. Er will aber doch nicht so weit gehen, wie der Reichsparteiler. Nach seiner Ansicht solle man den Antrag der Budgetkommission nicht in der vorgeschlagenen Höhe aufrechterhalten. Des Abg. Leonhart Angriff auf die Marineverwaltung benutzt der [illegible] Herrn von Tirpitz ein Vertrauensvotum zu erteilen. Entgegen den Worten des Freiherrn, in denen Bassermann eine Polemik gegen das neues Flottenorganisationsgesetz erblickt, gesteht er dem Staatssekretär das Verdienst zu, den unerquicklichen Streitigkeiten über Art und Tempo des Flottenbaues ein Ende gemacht zu haben. Und der ständig wiederkehrenden Rede der Sozialdemokraten hält er den Standpunkt seiner Partei entgegen, nicht daran zu denken, „unsere Flottenorganisation und unseren Flottenbau [illegible] wegen zu ändern". Lebhafter Beifall wird dem Sprecher zuteil, als er die Rednertribüne verläßt, um dem Genossen Liebknecht Platz zu machen. Was dieser vorbringt, ist nicht dazu angetan, Herrn von Tirpitz aus der Fassung zu bringen. Herr v. Oertzen (Rpt.), Graf [illegible] (Reichsp.) ziehen mit ihren Reden [illegible] über. Graf Oppersdorff (Ztr.) [illegible] den Vorwurf des Freiherrn von Gamp als unberechtigt zurück. Dr. Leonhart (Fortsch. Vpt.) hat sich in dem Ton des Reichsparteilers [illegible]. Herr v. Tirpitz gibt bereitwilligst Antwort auf die [illegible] gestellten Fragen, nur auf Dr. Struves (Fortsch. Vpt.) noch nicht. Erzberger (Zentrum) sieht sich genötigt, den Oppersdorffschen Standpunkt noch zu verschärfen. Dann finden die in Frage stehenden Kapitel die Zustimmung des Hauses. Mit persönlichen Bemerkungen des Abg. Liebknecht schließt die Sitzung.

Aus Stadt und Umgebung.

* **Bischofswerda,** 8. März. Geh. Kirchenrat D. Meyer-Zwickau veröffentlicht im „Ev. Bundesboten für Sachsen" soeben einen äußerst lesenswerten Artikel über „Die evangelische Kirche." Wir möchten ihn vor allem jenen Verzagten warm empfehlen, die über den Angriffen, denen heutzutage von rechts wie links die evangelische Kirche und namentlich auch unsere sächsische Landeskirche sich ausgesetzt sieht, manchmal um ihre Zukunft ängstlich werden möchten. Jüngst wurde das Gerücht verbreitet, daß D. Meyer, der betagte und doch so rüstige Vorkämpfer des Evang. Bundes, demnächst seinen Hirtenstab niederzulegen gedenke. Wir fassen aber den oben zitierten in des Wortes bestem Sinne jugendfrischen Artikel als ein gutes Zeichen dafür auf, daß solch Gerücht sich nicht bestätige und der Herr Geheimrat noch lange unserer Kirche als einer ihrer führenden Geister erhalten bleibt.

K. **Bischofswerda,** 8. März. Kgl. Schöffengericht. Unter dem Vorsitze des Herrn Amtsgerichtsrat Scholze, sowie der Herren Schöffen Kaufmann Langbein und Gemeindevorstand Gäbler-Großharthau wurde heute gegen den hiesigen Steinmetzen Karl Max Trabler wegen öffentlicher Beamtenbeleidigung gegen den Bahnsteigschaffner Preusche verhandelt. Der Sachverhalt ist folgender: Am 10. Januar d. J. entstiegen dem Personenzug Nr. 654, welcher abends 8[21] von Demitz hier ankommt, zwei hiesige Einwohner. Der eine von ihnen fand seine Fahrkarte an der Bahnsteigsperre nicht sogleich, jedoch nach einigem Suchen händigte er das Billet dem Beamten ein. Diesen Vorgang hatte der Angeklagte in nicht mehr ganz nüchternem Zustand beobachtet und da er schon wiederholt keine Fahrkarte gehabt und dementsprechend hatte bezahlen müssen, regte er sich so sehr darüber auf, daß er